



Jürgen Wechsler
Bezirksleiter der IG Metall Bayern

Rede
(Eingangs-Referat)

auf der Automobil-Konferenz
der IG Metall Bayern
am 13. Juli 2011
in Bad Gögging

Sperrfrist: Redebeginn

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste, verehrte Damen und Herren.

Ich begrüße Sie/Euch recht herzlich zur Automobilkonferenz der IG Metall Bayern in Bad Gögging.

Wenn die IG Metall in Bayern dem Thema Elektromobilität eine zunehmend wichtige Bedeutung zukommen lässt, so ist dies vor allem ein Plädoyer für eine **nachhaltige**, die Interessen der Arbeitnehmer **integrierende Industriepolitik**.

Industriepolitik ist kein unwichtiges Randphänomen. Industriepolitik ist vielmehr eine **Kernaufgabe** der IG Metall Bayern, neben der Betriebs- und der Tarifpolitik.

Der industrielle Sektor ist nach wie vor die ökonomische Basis der deutschen Gesellschaft.

Innerhalb Deutschlands ist Bayern neben Baden-Württemberg und NRW das größte industrielle Zentrum. Knapp 1/3 der Industriebeschäftigten (insgesamt ca. 1,14 Mio.) und ca. 41% der Industrieumsätze in Bayern entfallen auf die größten Industriebranchen, den Maschinenbau und die Herstellung von Kraftwagen und -teilen.

Die industriepolitischen Herausforderungen der bayerischen IG Metall für die nächsten Jahre sind klar definiert:

- **Ökologisierung der Wirtschaft** unter der Einbeziehung der erneuerbaren Energien,
- Erhalt der **industriellen Wertschöpfungsketten**,

- Bewältigung des **Strukturwandels** in der bayerischen Wirtschaft unter Einbeziehung der Arbeitnehmerinteressen.

Unser Ziel: Betriebe und industrielle Arbeitsplätze erhalten und zukunftsfest machen. Wir fordern **einen Kurswechsel** für eine nachhaltige Industriepolitik und wir wollen mitentscheiden!

Die ökologische Dimension des notwendigen Strukturwandels in der Automobilindustrie ist mittlerweile in der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung angekommen. In Anbetracht der endlichen Ressourcen und der notwendigen Reduktion der klimaschädlichen Emissionen steht dieser Punkt außer Frage.

Und die Politik hat richtig gehandelt und der Industrie die Roadmap diktiert: Ab dem Jahr 2015 sind in der EU 120 Gramm CO₂ Ausstoß pro gefahrenem Autokilometer im Durchschnitt vorgeschrieben und ab 2020 ist dieser Wert auf 95 Gramm weiter zu reduzieren.

Hieraus ergeben sich enorme **Herausforderungen für die Automobilindustrie.**

Die unsichtbare Hand des Marktes wird es wohl nicht richten. Für die Sicherung von qualitativem Wachstum und Beschäftigung und für gerechter verteilten Wohlstand ist deshalb eine vorausschauende Industriepolitik notwendig.

Andere Länder machen mit Gesetzen und Förderung massiv Industriepolitik, allen voran die USA, China, aber auch Frankreich.

Chinesische Megacitys, denen im wahrsten Sinne des Wortes die Luft wegbleibt, erwägen wegen der negativen Luftqualität, zukünftig nur noch Null-Emissionsfahrzeuge in den Innenstadtzonen zuzulassen. Diese Entwicklungen zeigen, dass Elektromobilität als Chance für eine **umweltverträglichere Mobilitätskultur** zu begreifen ist.

Darüber hinaus behauptet der **chinesische Markt** seine Bedeutung nicht nur für Pkw-Exporte, sondern er wird auch immer wichtiger als Produktionsstandort. Ich möchte nur daran erinnern dass sich die chinesische Pkw-Produktion **seit 2008 mehr als verdoppelt** hat.

Kolleginnen und Kollegen, die Unternehmen der Automobilbranche haben in diesem Jahr **enorme Rekord-Gewinne** eingefahren. Wir sehen darin eine klare Verpflichtung, verbindliche **Gegenleistungen** zum Schutz der Beschäftigten und bezüglich der zukünftigen Geschäftspolitik der Unternehmen zu tätigen.

Ohne Frage profitieren insbesondere die Premium-Hersteller von der aktuell wachsenden Nachfrage. In den ersten sechs Monaten erreichten BMW und Audi **Zuwachsraten von achtzehn Prozent** und Mercedes-Benz verbuchte zehn Prozent. Das gleiche gilt für die meisten Zulieferer, und die Nutzfahrzeug-Hersteller. Diese zentrale Rolle können die Unternehmen nur mit ihren **gut qualifizierten und hoch motivierten** Beschäftigten einnehmen.

Es liegt noch nicht lang zurück und wir erinnern uns noch gut daran: In der Krise vor 2 Jahren haben **die Beschäftigten ihren Beitrag geleistet**. Sie haben in wirtschaftlich schlechten Zeiten auf Arbeitszeit

und Einkommen verzichtet - jetzt aber hat sich das Blatt wieder gewendet und wir wollen beteiligt werden.

Selbst in Unternehmen mit glänzenden Geschäftsperspektiven setzt man auf **unsichere und möglichst gering entlohnte** Beschäftigung. Die IG Metall Bayern hat dazu vor kurzem Betriebsratsvorsitzende unseres Organisationsbereiches befragt. Die Ergebnisse sind alarmierend: 82 Prozent der Betriebe mit zusätzlichem Arbeitskräftebedarf setzen auf Leiharbeit. Die mindestens 130.000 Leiharbeitnehmer in Bayern verdienen im Schnitt **40 Prozent weniger** als die Stammebelegschaft.

Ein weiteres zunehmendes Problem ist der Einsatz durch **Werk- und Dienstverträge**. Über 60 % aller Betriebe setzen diese Form in Produktion, Entwicklung, Service und bei industriellen Dienstleistungen ein. **Ohne** gesetzliche oder tarifliche Normierungen!

Diese Entwicklung müssen wir **stoppen!**

Das **Gütesiegel des „Made in Germany“** ist nicht mit billigen RAND-Belegschaften, sondern mit gut ausgebildeten und kompetenten STAMM-Belegschaften verwirklicht worden!

In den Fokus nehmen müssen wir auch das **„Demografische Problem“**: Das Ausscheiden der qualifizierten älteren Berufstätigen gefährdet die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie. Aber es fehlen altersgerechte Arbeitsplätze, die der speziellen Leistungsfähigkeit älterer Kolleginnen und Kollegen gerecht werden. Das Gegenteil wird erreicht mit Taktzeichen unter einer Minute an den Bändern.

Wir haben eine Blitzumfrage aus 230 bayerischen Metall-Betrieben vorliegen: Nicht einmal zwei Prozent aller Beschäftigten sind 60 Jahre oder älter. In der bayerischen Erwerbsbevölkerung steht der statistische Anteil der Gruppe der 60 bis 64-Jährigen bei knapp 8,8 Prozent. Deshalb sage ich auch hier sehr deutlich: Wir brauchen keine Rente mit 67, sondern flexible Ausstiegsmodelle, damit es nicht zu Altersarmut kommt.

Untrennbar mit der Ökologisierung der Wirtschaft ist vor allem die soziale Frage verbunden. Um dies im Interesse der Beschäftigten zu regeln, brauchen wir Beteiligung und Mitbestimmung in dem bevorstehenden Strukturwandel.

Was in der Krise 2008/2009 getragen hat, muss auch jetzt noch Bestand haben. Ich meine damit einen gesellschaftlichen Konsens aller Beteiligten aus Industrie, Politik und IG Metall.

Insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte über die nachhaltige Zukunft der Energieversorgung sehen wir zusätzliche Chancen für das Themenfeld Elektromobilität. Mögliche Handlungsfelder gilt es jetzt zu identifizieren.

Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen unserer diesjährigen Fachkonferenz, liegt der inhaltliche Fokus auf dem aktuellen Stand der Branchenentwicklung und der Bestandsaufnahmen der politischen und wissenschaftlichen Initiativen. Neben den Perspektiven für Hersteller und Zulieferer auf den neuen Märkten greift die Tagung Trends bei der Elektromobilität und alternativen Antrieben auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mit Bedauern muss ich Euch mitteilen, daß der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer gestern Abend seine Teilnahme an unserer Konferenz abgesagt hat.

Ich eröffne hiermit die Konferenz und wünsche uns viele fruchtbare inhaltliche Erkenntnisse und eine anregende Diskussion!